

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE. Potsdam

16. Jahrgang

14. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 2. Dezember 2009



**Im Sommer hatte die LINKE bei einer Blitzumfrage ihr Eintreten für eine Sanierung der Schwimmhalle am Brauhausberg bestätigt gefunden: 334 Einwohner (von 343) wollten eine Sanierung der Halle in der Innenstadt statt eines Neubaus auf dem Bornstedter Feld.**

## Bürgerbefragung beschlossen – aber nicht fürs Freizeitbad

Gerade hatten die Stadtverordneten recht eindeutig dafür votiert, dass es künftig Bürgerbefragungen „in Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft von besonderer Bedeutung“ geben soll. Sie hatten eine Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt dazu beschlossen und diese Möglichkeit der Erkundung der Bürgerinteressen in die Hände sowohl des Hauptausschusses als auch der Stadtverordnetenversammlung gelegt. Da brach der proklamierte Wille, den Souverän vor einer Entscheidung zu hören, schon wieder zusammen.

Die LINKE hatte einen Antrag eingebracht, vor einer Entscheidung über den Bau eines neuen Bades eine solche Bürgerbefragung durchzuführen. Der Wille der Mehrheit der Potsdamer zur Art und zum Standort

des Bades sei zu erfragen, erläuterte Fraktionsvorsitzender Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg den Antrag, denn trotz einer klaren und noch gültigen Entscheidung des Hauptausschusses für die Sanierung des Bades am Brauhausberg sei die Tendenz bei Veranstaltungen und Variantendiskussionen erkennbar, dass die Verwaltung einen Neubau auf dem Bornstedter Feld bevorzuge. Daher sei eine Bürgerbefragung angebracht, um eine tragfähige Entscheidung herbeizuführen.

Einmal mehr traf aber die Intention der stärksten Fraktion in der Landeshauptstadt auf demonstrative Ablehnung der „Rathauskooperation“, die offensichtlich bei einem ihr nicht genehmen Ergebnis einer Befragung fürchtet, ihre kostspieligen Visionen begraben zu müssen.

### Mit auf den Weg ...

*Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,*

vonweihnachtliche Stimmung prägte die letzte Sitzung der Stadtverordneten in diesem Jahr. Zuspitzungen blieben aus. Trotzdem wurden brisante Entscheidungen getroffen, die Gegenstand der öffentlichen Diskussion bleiben sollten. Die kommentarlose und in der bürgerlichen Rathauskooperation geschlossene Ablehnung einer Bürgerbefragung zum geplanten Neubau eines Bades ist in mehrfacher Hinsicht nicht hinnehmbar. Eigentlich sollte man annehmen, dass aus den Erfahrungen mit einem Badneubau in Potsdam gelernt worden ist. Schließlich sind 2004 die Planungen für ein Freizeitbad auf der Brache in Drewitz durch den vom Oberbürgermeister über die Köpfe der Bürger hinweg entschiedenen Ausstieg der Stadt beendet worden. Die glanzlos gescheiterten völlig überdimensionierten Planungen für ein Niemeyerbad am Brauhausberg sind den Potsdamern regelrecht aufgeschwatzt worden. Für die finanziellen Verluste in Millionenhöhe sollen nun alle einstehen. Wenn jetzt trotz eindeutiger Entscheidung des Hauptausschusses für eine Sanierung der Brauhausberghalle erneut größere Brötchen gebacken werden und der Neubau eines Sportbades mit Elementen eines Freizeitbades im Bornstedter Feld angesiedelt werden soll, dann setzt das eine wirksame Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger voraus. Dafür wird sich DIE LINKE weiter einsetzen.



*Ein frohes Weihnachtsfest wünscht Ihnen  
Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg*

**Wir wünschen allen Leserinnen  
und Lesern eine besinnliche  
Advents- und Weihnachtszeit und  
einen guten Start ins Jahr 2010**

## Demokratie kontra Hassparolen

Die im Grunde vorweihnachtlich besinnliche Stimmung in der letzten Stadtverordnetenversammlung des Jahres wurde gleich von zwei Skandalen überschattet. Zum einen die Ermittlungen wegen Spendenbetrugs gegen die zwei Abgeordneten der Familienpartei, die die FDP vorläufig den Fraktionsstatus kosten werden, zum anderen durch unerträgliche Hass Tiraden des NPD-Abgeordneten Guse, der schließlich von der Sitzung ausgeschlossen wurde.



Ein seltsames Verständnis von Bürgerbeteiligung offenbart ausgerechnet die Grünen, als es um die Verankerung von Bürgerbefragungen in der Hauptsatzung ging. Die Bürger müssten sich schon selbst bemühen, wenn sie sich beteiligen wollen. Eine Befragung durch die SVV sei entbehrlich, schließlich sei sie per Wahl legitimiert, das Beste für die Stadt und ihre Bürger zu entscheiden. Darauf konnte sich eine Mehrheit bei der anschließenden Ablehnung einer solchen Befragung beim Schwimmbad-Neubau denn auch schnell wieder einigen. Da fühlte sich die Kooperation wieder kompetent genug.

Doch auch Erfreuliches gibt es zu vermelden: So sicherte die SVV per Beschluss die Mittel für die brandschutztechnische Instandsetzung des Archivs und damit dessen Weiterbetrieb. Und sie verpflichtete die Stadt auf Antrag der LINKEN bei der Wiederherstellung der historischen Mitte dafür Sorge zu tragen, dass preiswerte Wohnungen in gleicher Zahl und örtlicher Lage im Stadtzentrum erhalten bleiben oder neu errichtet werden.

*Stefan Wollenberg  
Mitglied der SVV seit 2008  
(Ausschüsse Bildung, Jugend und Sport / Klima, Ordnung, Umwelt und ländlicher Raum / Eingaben und Beschwerden)*

## Wettbewerbe für Bauvorhaben

Mehrheitlich angenommen haben die Stadtverordneten einen Antrag der LINKEN, zu Planungen und Bauvorhaben in der Auftraggeberschaft der Landeshauptstadt jeweils Planungs- und Architekturwettbewerbe auszuschreiben, in die mindestens jeweils ein Drittel der Teilnehmer aus kleineren Unternehmen und Berufsanfänger einzubeziehen sind. Der Antrag war vom Ausschuss für Stadtplanung und Bauen wettbewerbsrechtlich konkretisiert worden.

## Standort Archiv gesichert

Der Standort für das Archiv am Fuße des Brauhausberges soll planungsrechtlich gesichert werden. Der Antrag der LINKEN dazu erhielt in einer durch den Finanzausschuss konkretisierten Fassung die Mehrheit der Stadtverordnetenstimmen. Demnach wird „der Oberbürgermeister beauftragt, den jetzigen Standort des Archivs im noch zu erarbeitenden B-Plan für den Fuß des Brauhausberges zu berücksichtigen.“

## Preiswerte innerstädtische Wohnungen

Weil mit den Planungen zur weiteren Gestaltung des historischen Stadtzentrums auch der Abriss von knapp 200 (überwiegend kleiner, relativ preiswerter) Wohnungen der PRO POTSDAM ins Auge gefasst ist, muss zielgerichtet dafür gesorgt werden, dass im Stadtzentrum das Angebot an adäquaten Wohnungen erhalten bleibt, so Hans-Jürgen Scharfenberg. Auf diesen Antrag der LINKEN konnten sich die Stadtverordneten mehrheitlich einigen.

## Kunst am Bau

Geprüft werden soll durch die Verwaltung, inwieweit es möglich ist, bei neu zu errichtenden Gebäuden einen bestimmten Teil der Bausumme für Kunst am Bau einzusetzen. Dieser, von Karin Schröter eingebrachte Antrag, erhielt ohne große Diskussion das mehrheitliche Votum.

## Busspur in der Zeppelinstraße

Die Baufortschritte haben die Vorlage zwar überholt, doch das Grundanliegen wurde beschlossen: Die in der Zeit der Bauarbeiten an der Langen Brücke eingerichtete Busspur in der Zeppelinstraße soll in Zukunft weiter bestehen, so Uwe



Gunold in der Antragsbegründung. Der grundsätzliche Beschluss dazu ist nach dem Antrag der LINKEN nach mehrheitlicher (namentlicher) Zustimmung gefasst worden.

Dabei seien, wie auch Dezernent Matthias Klipp ausführte, noch einige Probleme zu bedenken, die sich bei der kurzzeitigen Einrichtung der Busspur gezeigt haben, wie zum Beispiel, dass Linksabbieger auf der verbleibenden einzigen freien Autospur den Verkehr stauen sowie die Organisation im Kreuzungsbereich. Es werde weitere Informationen und Auswertungen in den Ausschüssen geben, um zu tragfähigen langfristigen Lösungen zu gelangen.

## Abgelehnt

### Bürgerbefragung Freizeitbad

Eine Bürgerbefragung (gegebenenfalls eine repräsentative Befragung) solle vor einer Entscheidung über den Bau eines neuen Bades zu dessen Art und Standort durchgeführt und in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Das wollte die LINKE mit ihrem Antrag erreichen.

Hans-Jürgen Scharfenberg erinnerte in der Antragsbegründung daran, dass es sich bei den Überlegungen zum Neubau im Bornstedter Feld um eine Entscheidung von hoher Bedeutung und mit erheblichem finanziellen Gewicht handele. Deshalb sollten die Einwohner in diese Entscheidung mit einbezogen werden. „Damit würde die Ernsthaftigkeit der Entwicklung zu einer ‚Bürgerkommune‘ und der Bemühungen um einen Bürgerhaushalt unterstrichen.“

Bei entsprechendem Ausgang der Befragung wäre die Fraktion der LINKEN selbstverständlich bereit, ihre bisherige Ablehnung eines Neubaus im Bornstedter Feld zu ändern.

Die LINKE blieb bei der Abstimmung die einzige Fraktion, die den Bürgerwillen zum Freizeitbad zur Grundlage ihres Handelns machen wollte.

### Luftschiffhafen

Auf seine Frage nach dem aktuellen Stand der Entwicklung auf dem Gelände des Luftschiffhafens erhielt Rolf Kutzmutz eine nur wenig aufschlussreiche Antwort. Nach all den bekannten Dingen wie Gründung der Luftschiffhafen GmbH, Grundstückserwerb und Planungsabschluss soll es im Februar nächsten Jahres einen ausführlichen Bericht der Verwaltung geben.

### Werbung für Senioreneinrichtung

Auf der Internetseite des Klinikums „Ernst von Bergmann“ werde nicht für dessen Senioreneinrichtung geworben, war Jana Schulze aufgefallen. Dies sei auch nicht nötig, hatte die zuständige Beigeordnete Elona Müller von der Klinik erfahren, die Senioreneinrichtung sei immer voll ausgelastet, zusätzliche Werbung sei lt. Klinikleitung nicht notwendig.

### Amok-Alarmsystem an Schule

Stefan Wollenberg hatte die Frage aufgegriffen, wie die Potsdamer Schulen mit Amok-Alarmsystemen ausgestattet sind. Die Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport Dr. Iris Jana Magdowski stellte für die Jahre 2010 und 2011 jeweils 500.000 Euro für Sicherheitsmaßnahmen in Aussicht, bei denen Alarmsysteme Priorität haben. Schwerpunkt sei dabei die Um-

und Nachrüstung der Lautsprecheranlagen in den Schulen und zum Beispiel die Auswechslung von Türklinken mit Knaufen, zu der Lehrer erhebliche Vorbehalte haben. „Ein leicht anfahrbares System“, zum Beispiel über Handys, sei in der Erprobungsphase. Bis Frühjahr 2010 soll die Erprobung abgeschlossen sein.

### 11 Millionen Verkaufserlös am Brauhausberg?

In der Wirtschaftlichkeitsberechnung zu der Variante, im Bornstedter Feld eine neue Schwimmhalle zu bauen, spielten die Erlöse aus dem Verkauf des Grundstückes am Brauhausberg eine große Rolle. Woher nehme die Verwaltung bei der Diskussion der Varianten die Gewissheit, dass das Gelände 11 Millionen Euro Erlöse würde, fragte Brigitte Oldenburg. Bau-Beigeordneter Matthias Klipp kam nach theoretischen Ausführungen zur Ermittlung von Grundstückswerten zur Abschätzung des Gesamterlöses durch den Projektentwickler, der davon ausgeht, auf dem Gelände Wohnungen mit rund 63.000 qm Wohnfläche bauen zu können. Der Grundstückswert würde auf ca. 430 Euro pro qm steigen. Unter Abzug öffentlicher Flächen ergäbe sich der Wert von 11,6 Millionen Euro. „Das ist ein absolut realistischer Verkaufserlös“ für das 38.000 qm große Gelände, verkündete Klipp, es entstünde „ein Quartier mit innerstädti-

scher Lebensqualität“ im Zusammenhang mit der Entwicklung der Stadtmitte und der Speicherstadt. Allerdings müsse diese Änderung noch im Flächennutzungsplan berücksichtigt werden, antwortete er auf die Nachfrage.



### Tierheim-Diskussion in Eiche

Ein Dringlichkeitsantrag der LINKEN, vorgetragen von Ralf Jäkel, der auch Ortsvorsteher in Eiche ist, bemängelte, dass der Hauptausschuss vor seiner Entscheidung zum Standort des Tierheimes in Eiche keine Stellungnahme des Ortsbeirates eingeholt hatte. Der Antrag wurde durch Oberbürgermeister Jann Jakobs und Beigeordnete Elona Müller im Rahmen des OB-Berichtes beantwortet. Demnach sei rechtmäßig der Ortsbeirat erst nach dem Zuschlag durch den Hauptausschuss für den künftigen Betreiber einzubeziehen. Am 14. Dezember werde der Fachbereich mit dem Ortsbeirat über dessen Forderungskatalog zum Tierheim beraten. Dabei gebe es Klärungsbedarf zum Beispiel bei den Erschließungskosten der Zufahrt für Anlieger.

Die damit erreichte eindeutige Zusage der Verwaltung zur Einbeziehung der Einwohner von Eiche ist ein Beitrag zur Befriedung der ablehnenden Atmosphäre in Eiche. Auch die Fraktion der LINKEN wandte sich gegen die Vorstellung des Ortsbeirates Eiche, dass die sozialtherapeutischen Konzepte dort bewacht und begleitet wie in einer „geschlossenen Anstalt“ ablaufen sollten. Diese Stigmatisierung trägt die Fraktion nicht mit!

### Ein fragwürdiger Flyer

Die Schließung der Goethe-Schule als Gesamtschule und die parallele Errichtung des Goethe-Gymnasiums ist sicher ein komplizierter Prozess, der sowohl die Lehrer, Kinder und Eltern der betroffenen Schule als auch der Schulen der Umgebung angeht.

Die Perspektive des Schulstandortes in Babelsberg ist mehrheitlich beschlossen, wenn auch mit den Gegenstimmen der LINKEN. Eine Merkwürdigkeit im Verfahren deckte die LINKE-Stadtverordnete Hella Drohla auf. Sie brachte zwei Flyer mit in die Debatte, werbend für die neue Schule und die Angebote des neuen Gymnasiums. Der erste hatte den Eltern versprochen, hier eine Ganztagschule in offener Form mit bilingualem Unterricht vorzufinden. Diese Werbung, die die Unterschrift der Beigeordneten Dr. Iris Jana Magdowski trägt, sei unlauter, denn diese Profilbestimmung des Gymnasiums müsse beantragt werden und sei einem längeren Verfahren unterworfen. Zudem habe diese Profilbestimmung starke Auswirkungen auf die Entscheidungsfindung zwischen den Gymnasien und deren Schülerzahlen.

Offensichtlich nach ihrer Benachrichtigung des Hauptausschusses habe die Stadt dann einen neuen, korrekten Flyer herausgegeben. Die zuständige Dezernentin zeigte sich überrascht über die zwei Varianten des Flyers. Sie habe nur einen unterschrieben. Die LINKE bleibt dran, Motive und Ursachen zu erfahren.

## Pierre-de-Coubertin-Oberschule

Die Überweisung in den Bauausschuss beantragte Einreicherin Hella Drohla gleich mit, als es um die Pierre-de-Coubertin-Oberschule ging. Denn neben der Rücknahme von Stundenkürzungen geht es in dem Antrag auch um die Einhaltung des Zeitplanes der beschlossenen Baumaßnahmen. Zudem sprach sie sich dagegen aus, dass die Renovierung des Goethe-Gymnasiums zu Lasten der Baumaßnahmen anderer Schulen geschieht. Nach Auffassung der Verwaltung sollen



die Kosten für die Renovierung der Goethe-Schule durch Kürzungen anderswo ausgeglichen werden. Für die Pierre-de-Coubertin-Schule ist eine Minderung von 4 000 Euro vorgesehen.

## Zukunft Gartenstadt Drewitz

Ein nachhaltiges Gesamtkonzept im Sinne des Konzeptes „Gartenstadt Drewitz“ möchte die LINKE mit einem Antrag auf den Weg bringen, der in die Ausschüsse Bau und Finanzen überwiesen wurde. Bei einem kürzlich von PRO POTSDAM initiierten dreitägigen Workshop waren die inhaltlichen Grundlagen dafür gelegt worden.

Die LINKE Abgeordnete Brigitte Oldenburg drängte auf Tempo in ihrer Antragsbegründung. Der Stadtteil drohe zum sozialen Problem zu werden, das man nicht mehr „zurückdrehen“ könne, wenn man ihn nicht mit entsprechenden Maßnahmen attraktiver für den derzeitigen und künftigen Wohnungsbedarf der Landeshauptstadt entwickelt. Es komme darauf an, neuen Wohnraum durch die Weiterentwicklung der Siedlungsgebiete zu gewinnen.

Dabei seien die Akteure und die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen.

## Olga Schummel neue Sachkundige Einwohnerin im Ausschuss Gesundheit und Soziales

Mehrheitlich bestätigten die Abgeordneten die Berufung von Olga Schummel in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales.

Olga Schummel ist Vorsitzende des Migrantenbeirates der Landeshauptstadt Potsdam. Die Philologin mit Masterabschluss wurde 1972 in Minsk geboren, ist verheiratet und Mutter von vier Kindern.

## Was – wann – wo?

### Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

04., 11., 18. und 25. Januar 2010; 08. Februar 2010

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils 18 Uhr

### 15. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

27. Januar 2010, Beginn 15 Uhr  
Stadthaus, Plenarsaal

### Frühschoppen „Rathausreport live“

31. Januar 2010, Beginn 10 Uhr  
Jugendclub 91, Kastanienallee 22d, Potsdam West

### Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 1/2010

05. bis 10. Februar 2010 (außer Sa. und So.)  
Stadthaus, Raum 3.107

### Info-Stände in den Stadtteilen:

05. Februar 2010:

14:30 Uhr Kepler-Platz / Am Stern

15:00 Uhr Rathaus Babelsberg

15:30 Uhr Havel-Nuthe-Center / Drewitz

16:00 Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-Straße / Waldstadt II

06. Februar 2010

10:00 Uhr REWE-Markt / Zentrum Ost  
10:00 Uhr Haltestelle Magnus-Zeller-Platz / Am Schlaatz

10:30 Uhr Kaiser's / Kirchsteigfeld

### Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL

am 15. Dezember 2009 von 17-18 Uhr und am 12. Januar 2010 von 17-18 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern\*Zeichen)

Voranmeldungen sind möglich unter:  
Tel.: 0331/600 50 69; Mail: wkbscharfenberg@aol.com

### Unterschriftensammlung Bürgerbegehren „Freies Ufer am Griebnitzsee“

Listen liegen u. a. aus im Stadthaus, Fraktion DIE LINKE - Raum 3.107; Bürgerbüro Dr. Scharfenberg, Galileistr. 37/39; Kino „Thalia“; Griebnitzsee „das lokal“ und in der Stadtteilkneipe „Nowawes“.

**Jahres-Abo Rathausreport:** Bitte denken Sie daran: Wenn Sie ein Abo für den „Rathausreport“ abschließen möchten, senden Sie bitte bis zum Jahresende für das Jahr 2009 für 9 Ausgaben Briefmarken im Wert von 9 x 0,60 EUR (für Büchersendung) an die Fraktion.

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,  
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19